

Lernzielkatalog für den Feuerwehrlehrgang B4

Lehrgangsdauer: 4 Wochen

Überarbeitet 08/2014

<u>Fächerübersicht:</u>		
Fach	Stunden	Dozenten
Allgemeines Verwaltungsrecht (AVR) / einschl. 1 Std. Orga	28	Frau Schillings-Roß
Beamtenrecht (BR)	17	Herr Chr. Weber
Landespersonalvertretungsrecht (LPVG)	3	Herr Chr. Weber
Staatsrecht (StR)	15	Frau Schillings-Roß
Europarecht (EU)	2	Frau Schillings-Roß
Einsatzrecht (Exemplarische Vertiefung, Orientierung an aktueller Rechtssprechung und Fälle aus der Praxis):		
➤ Feuerschutz in der Landesverwaltung	4	Herr Meyer
➤ Einsatzrecht (praktische Beispiele)	4	Herr Fischer
➤ FSHG, KatSRecht, RettDRecht	4	Herr Fischer
Betriebswirtschaft:		gestrichene 5 Stunden für „BschBpl“
➤ Betriebswirtschaftslehre (BWL)	25/ 20	Herr St. Weber
➤ Haushalts- und Kassenrecht (HKR)	30	Herr St. Weber
Gemeindeverfassungsrecht (GVR)	8	Herr Lücke
➤ Gemeindeorgane		• wird von Herrn Lülff
➤ Satzungsrecht		verkürzt mit 4 Stunden
➤ Unterschiede zwischen kleinen oder großen oder kreisangehörigen Gemeinden		übernommen
Brandschutzbedarfsplanung (BschBpl) + Gemeindeverfassungsrecht (GVP)	12 4	Herr Lülff / <u>neuer</u> <u>Dozent</u>
Selbststudium	20/17	3 Stunden für „BschBpl“
➤ Übungsklausuren (je Klausur 3 Zeitstunden) usw.		

160 Stunden insgesamt

Ausbildungseinheit „Allgemeines Verwaltungsrecht (AVR)“ 27 Stunden	
Inhalt	Die Lehrgangsteilnehmer/innen müssen
Öffentliches / privates Recht	kann die Unterschiede zwischen dem öffentlichen und dem privaten Recht darstellen.
Die Verwaltungsträger / Bedeutung und deren Handlungsarten	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kann die unterschiedlichen Verwaltungsträger aufzählen. ➤ kann fiskalische und hoheitliche Handlungsarten der Verwaltung benennen und an Hand von Beispielen erklären.
Verwaltungsakt	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kennt den Verwaltungsakt und kann seine Rechtmäßigkeit überprüfen. ➤ kann die Bedeutung des Verwaltungsaktes für den Einsatz erklären (u.a. den Eingriff in den Rechtskreis des Betroffenen; s. u. auch ergänzend Verwaltungsvollstreckung) ➤ kennt die verschiedenen Ermächtigungsgrundlagen aus dem FSHG und kann ihre Tatbestandsvoraussetzungen sowie Rechtsfolgen an praktischen Beispielen darstellen und prüfen. ➤ kann erläutern, welche Rechtsschutzmöglichkeit für den Bürger gegen einen Verwaltungsakt besteht.
Überblick Verwaltungsvollstreckung	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kann die Anordnung der sofortigen Vollziehung sowie ihre Bedeutung erklären. ➤ kann die Verwaltungsvollstreckung erläutern sowie die Vollstreckungsvoraussetzungen benennen. ➤ kann die Bedeutung des Sofortvollzugs für den Einsatz an Hand von praktischen Beispielen darstellen.
Überblick Möglichkeit der Amtshilfe	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kennt die gesetzlichen Grundlagen der Amtshilfe und kann den Begriff definieren. ➤ kann das Verhältnis zwischen der ersuchenden und der ersuchten Behörde insbesondere in Bezug auf die jeweiligen Zuständigkeiten darstellen und Beispiele benennen.
Gefahrenarten	kann die Gefahrenbegriffe an Hand von Beispielen erklären.
Verwaltungsorganisation / Aufbau	kann den 3- stufigen Aufbau der Landesverwaltung darstellen.

Ausbildungseinheit „Beamtenrecht (BR)“ 17 Stunden	
Inhalt	Die Lehrgangsteilnehmer/innen müssen
Allgemeines zum Beamtentum „Geschichte des Beamtentums“	erläutern, seit wann es Beamte gibt und warum Beamte schon immer „Privilegien“ hatten. Des Weiteren soll klar sein, warum sich das moderne Beamtentum durch eine klare Rechtsposition auszeichnet.
Beamte im Spiegel der Verfassung 1. „Artikel 33, Absatz 4 GG“ 2. „Artikel 33, Absatz 5 GG“ 3. Rechtsposition des Beamten	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kann erläutern und erklären, dass „Hoheitsverwaltung“ i.d.R. nur von Beamten zu realisieren ist. ➤ kann die „Hergebrachten Grundsätze des Beamtentum „ benennen und gegeneinander abgrenzen. ➤ kann erklären, auf welchem Weg der Dienstherr auch in Grundrechte der Beamte eingreifen kann. An dieser Stelle sind auch die Begriffe Dienstherrrenfähigkeit, Dienstherr, Vorgesetzter, Dienstvorgesetzter zu erläutern.
Rechtliche Stellung des Beamten	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kann die Beamtenpflichten benennen und erläutern. ➤ kann die vermögens-, beamten / disziplinar- und strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung erläutern. ➤ kann die Beamtenrechte benennen und erläutern. ➤ kann Begriffe des Laufbahnrechts (Laufbahngruppe, Fachrichtung, Befähigung u.ä.)erläutern. ➤ kann die Ernennungsfälle sowie die formellen und materiellen Bedingungen einer Ernennung erklären. ➤ kann die Begriffe und die formellen und materiellen Bedingungen einer Versetzung bzw. Abordnung erklären. Ebenso wie, wann und zu welchem Zweck diese personellen Maßnahmen zum Tragen kommen können. ➤ kann die einzelnen Beendigungsgründe (Entlassung, Ruhestand u.ä.) sowie die formellen und materiellen Bedingungen einer Beendigung des Beamtenverhältnisses erklären. ➤ kann die einzelnen Beschwerde- und Rechtsschutzmöglichkeiten (formelle und formlose Rechtsbehelfe) erklären. ➤ kann Begriffe aus dem Dienstunfallrecht (Dienstunfall, qualifizierter Dienstunfall u.ä.) erläutern.

Ausbildungseinheit „Landespersonalvertretungsrecht (LPVG)“ 3 Stunden	
Inhalt	Die Lehrgangsteilnehmer/innen müssen
Personalrat Wahlordnung Rechtsstellung der PR-Mitglieder PR-Sitzung Zuständigkeiten Pflichten der Dienststelle Aufgaben des PR Beteiligungsrechte im Überblick Form- und Verfahrensgrundsätze Mitbestimmung, Mitwirkung, Anhörung	<ul style="list-style-type: none"> ➤ wissen, wie sich der PR zusammensetzt und welche Verbindungen zu anderen Gremien und Stellen besteht, ➤ die rechtliche Stellung der PR-Mitglieder innerhalb der Dienststelle kennen, ➤ erkennen, wie eine Sitzung vorbereitet wird und wie diese abläuft, ➤ die Zuständigkeiten der PR auf den unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung kennen, ➤ die Pflichten der Dienststelle gegenüber dem PR erläutern, ➤ die Aufgaben der PR nennen und erklären, ➤ die Beteiligungsrechte nennen, ➤ gem. des § 66 LPVG diese erläutern, ➤ die Bereiche die dem LPVG unterliegen benennen und erläutern.

Ausbildungseinheit „Staatsrecht“ 15 Stunden	
Inhalt	Die Lehrgangsteilnehmer/innen müssen
Entstehung des GG	die geschichtliche Entwicklung des GG darstellen.
Verfassungsgrundsätze	die Verfassungsgrundsätze benennen und ihren jeweiligen Inhalt erklären.
System der Grundrechte	kennt die Unterscheidung nach Freiheits und Gleichheitsrechten sowie die Unterschiede zwischen Jedermann- und Deutschengrundrechten. ➤ Insbesondere Art. 1, 2, 5, 13, 14 GG können nach Schutzbereich und Einschränkungsmöglichkeiten erklärt werden. In diesem Zusammenhang kann er/sie an Hand von praktischen Beispielen den Bezug zwischen den Aufgaben der Feuerwehr und den Eingriffen in Grundrechte darstellen.

Ausbildungseinheit „Europarecht (EuR)“ 3 Stunden	
Inhalt	Die Lehrgangsteilnehmer/innen müssen
Der Teilnehmer soll einen Überblick über die Entstehungsgeschichte der EU und über ihre Organe geben können.	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kann die Gründungsverträge benennen. ➤ kann die Organe und ihre Funktion im Verfahren der Normgebung nach Art. 249 EGV unter besonderer Berücksichtigung der Richtlinien benennen.

Ausbildungseinheit „Einsatzrecht“	
Inhalt	Die Lehrgangsteilnehmer/innen müssen
<p>Feuerschutz in der Landesverwaltung / 4 Std</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fachbehörden, Sonderordnungs-behörden und andere Behörden mit feuerwehrtechnischem Bezug ▪ Aufsichtsbehörden ▪ Organisation, Stellung und Aufgaben der Behörden im Verwaltungsgefüge ▪ relevante Aspekte für den Einsatz- und den Abteilungsdienst <p>Aktuelle und zukünftige Entwicklungen in der Landesverwaltung</p> <p>interkommunale Zusammenarbeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ die Behörden, Organisationen und Einrichtungen mit feuerwehrtechnischem Bezug auf allen Verwaltungs-ebenen des Landes NRW kennen. ➤ Ihre Aufgaben und Zuständigkeiten kennen und kann daraus Erkenntnisse für den allgemeinen Dienstbetrieb und den Einsatzdienst ableiten.
<p>Einsatzrecht (praktische Beispiele) / 4 Std. FSHG, KatSRecht, RettDRecht / 4 Std.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zuständigkeiten und Aufgaben, die aus den gesetzlichen Vorgaben für die Feuerwehr resultieren. ▪ Rahmenbedingungen der gesetzlichen Vorschriften aus den Bereichen des Einsatz-, des Katastrophen- und Zivilschutzrechts sowie des Rettungsdienstrechts und ihre Auswirkungen auf den Einsatzdienst eines Zugführers ▪ Verknüpfung zwischen den der Feuerwehr übertragenen gesetzlichen Aufträgen und den erforderlichen Verwaltungsverfahren ▪ Verknüpfung zu den Rechtsbereichen, in denen andere Organisationen (bspw. Polizei, THW oder HiOrg) tätig werden <p><u>Relevante Rechtsbereiche:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ GG, insb. Grundrechte ▪ FSHG, ZSG, RettG u. verwandte ▪ OBG, VwVfG u. verwandte, Maßnahmen im Zuge der Amtshilfe ▪ Presserecht ▪ Polizeirecht ▪ sonstige Rechtsbereiche, bspw. Straßenverkehrsrecht, Haftungsrecht, Umweltrecht, u.a. 	<p>kann Anhand praktischer Beispiele die Relevanz der im Bereich Organisation besprochenen Rechtsgebiete für seine zukünftige Aufgabe erkennen.</p> <p>Die Lernziele sind ausschließlich anhand praktischer Einsatzbeispiele oder anhand von Gerichtsurteilen zum o.g. Rechtsbereich zu diskutieren.</p> <p>Bei den Einsatzbeispielen und Gerichtsurteilen ist auf Aktualität zu achten.</p>

Ausbildungseinheit „Betriebswirtschaft(BWL)“ 25 / 20 Stunden	
Inhalt	Die Lehrgangsteilnehmer/innen müssen
Einführung in die betriebswirtschaftlichen Verfahren	die Zusammenhänge zwischen <ul style="list-style-type: none"> ➤ Kameralistik ➤ kaufmännisches Rechnungswesen ➤ Neues Kommunales Finanzmanagement ➤ und der Kosten- und Leistungsrechnung erklären und vom Haushaltsrecht abgrenzen können
Vermögenskategorien / Rechnungsgrößen	folgende Vermögenskategorien/Rechnungsgrößen: <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einnahmen /Ausgaben ➤ Einzahlung /Auszahlung ➤ Aufwand / Ertrag ➤ Kosten / Erlöse erklären und zwischen ihnen differenzieren können
Externes und internes Rechnungswesen	die Zusammenhänge zwischen dem externen und internen Rechnungswesen erkennen können.
Finanzwirtschaftliche Steuerung des Amtes	die Steuerung der Beschaffung von Finanzmitteln und die Lenkung der Mittelverwendung im Amt erklären und bei folgenden Schwerpunkten darstellen können: <ul style="list-style-type: none"> ➤ Finanzierungsanlässe ➤ Investitionsplanung ➤ Investitionsrechnungsverfahren <ul style="list-style-type: none"> ○ Statische Verfahren <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kostenvergleichrechnung ▪ Gewinnvergleichrechnung ▪ Amortisationsrechnung ○ Dynamische Verfahren <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kapitalwertmethode ▪ Methode des internen Zinsfußes ▪ Annuitätenmethode ➤ Finanzplanung ➤ Erstellung von Finanzplänen
Controlling / Kennzahlen	Gestaltung des Controllings als Instrument der Amtsführung Aufbau eines kennzahlengesteuertes Management-informationssystem

Kosten- und Leistungsrechnung	<p>die Unterschiede zwischen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Kostenstellen ➤ Kostenarten ➤ Kostenträger <p>erklären können</p> <p>die Unterschiede zwischen der</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Vollzeitkostenrechnung ➤ Teilzeitkostenrechnung ➤ Istkostenrechnung ➤ Normalkostenrechnung ➤ Plankostenrechnung <p>erklären können.</p> <p>den Aufbau eines Betriebsabrechnungsbogens erklären können und die Umsetzung der Kosten- und Leistungsrechnung in einer Gemeindefeuerwehr anhand eines praktischen Beispiels darstellen können</p>
Leasing	<p>Möglichkeiten des Leasings erklären können und eine Aufgabe im Bereich Leasing lösen können.</p>

Ausbildungseinheit „Haushalts- und Kassenwesen (HKR)“ 30 Stunden	
Inhalt	Die Lehrgangsteilnehmer/innen müssen
Haushalts- und Kassenwesen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ das prinzipielle Verfahren der Haushalts-finanzierung der Kommunen durch Gebühren-, Beiträge und Steuereinnahmen erklären können. ➤ die Gründe für die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements in der öffentlichen Verwaltung erklären können <ul style="list-style-type: none"> ○ die Ziele des Neuen Kommunalen Finanzmanagements erklären können. ○ die Komponenten des Neuen Kommunalen Finanzmanagements erklären können. ○ die Finanz- und Leistungsziele erklären können. ➤ die Systematik eines kommunalen Haushalts sowie die Grundsätze nach denen ein solcher aufgestellt und betrieben wird, erklären können <ul style="list-style-type: none"> ○ Haushaltssatzung ○ Haushaltsplan ○ Gliederung nach Produktbereichen, Produktgruppen und Produkten ○ Ergebnisplan und Finanzplan ➤ die Grundsätze im Neuen kommunalen Finanzmanagement erklären können <ul style="list-style-type: none"> ○ allgemeine Haushaltsgrundsätze ○ Veranschlagungsgrundsätze ○ Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Kommunen ➤ das prinzipielle Verfahren der Anmeldung der Mittel zum Haushalts-

plan erklären können.

- die Stationen des Haushaltsverfahrens wiedergeben können.
- die Aufstellung der kommunalen Bilanz (Ansatz, Ausweis und Bewertung der für Feuerwehr relevante Bereiche) beschreiben und praktisch anwenden können
 - Inventur, Inventar
 - Inventurvereinfachungsverfahren
 - Festwert
 - Gruppenbewertung
 - Posten der kommunalen Bilanz
 - Anlagevermögen
 - Umlaufvermögen
 - Eigenkapital
 - Fremdkapital
 - Anschaffungs- und Herstellungskosten
 - Praxisbeispiele und Übungen
- die Aufgaben und Einzelpositionen und die Rechnungsgrößen der Ergebnis und Finanzrechnung beschreiben und anhand von Praxisbeispielen anwenden können
 - Ertrag und Aufwand
 - Einzahlung und Auszahlung
- investive und konsumtive Bereiche
- die Ausführung des Haushaltes erklären können
 - Erhebung von Einzahlungen
 - Stundung, Niederschlagung, Erlass
 - Auftragsvergaben
 - Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen
 - Verpflichtungsermächtigungen
- Begriffsbestimmungen im Bereich der Auftragsvergabe und Verfahren der Auftragsvergabe anhand von Praxisbeispielen erklären können
 - Vergabearten inkl. Europaweiter Ausschreibung
 - Verfahren der Auftragsvergabe
 - Aufhebung der Ausschreibung

Ausbildungseinheit „Brandschutzbedarfsplanung (BsChBpl)“ und „Gemeindeverfassungsrecht (GVR)“	
Inhalt	Die Lehrgangsteilnehmer müssen kennen:
Wesen und Aufgaben der Gemeinden	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kennt die Gemeinde Größenklassen und deren Bedeutung gemäß FSHG ➤ kennt die Kernbereiche der kommunalen Selbstverwaltung gemäß Art. 28 II GG
Gemeindeorgane	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kann Aufgaben und Zusammenspiel von Rat und Verwaltung erklären
Kommunale Entscheidungsprozesse	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kann Werdegang politischer Entscheidungen anhand feuerwehrtypischer Aufgabenfelder erklären
Aufgabenarten der Kommune anhand des Brandschutzes/Rettungswesen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kennt Unterschied Selbstverwaltungsaufgaben und Pflichtaufgaben
Satzungsrecht	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kann Grundstrukturen und Bedeutung von Satzungen erklären, insbesondere Hauptsatzung und Kostenersatz gemäß § 41 Abs. 3 FSHG
Aufbauorganisation der Kommunalverwaltung	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kann unterschiedliche Organisationsmodelle erläutern (am Bsp. Feuerwehr/Rettungsdienst)
Zusammenspiel städtischer Dienststellen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kann Beteiligungen von Querschnittsämtern erläutern
Brandschutzbedarfsplan	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kennt Bedeutung von Hilfsfrist/Standortentscheidungen/Personalbemessung/Finanzbedarf in kommunalen Entscheidungen
Loyalitätspflichten ggü. Kommune als Feuerschutzträger	<ul style="list-style-type: none"> ➤ kann Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Wehrführung ggü. Bürgermeister/Verwaltung sowie Rat/Fraktionen und Öffentlichkeit

Grundzüge der Gemeindeordnung (am Beispiel des Landes NRW)

1) Wesen und Aufgaben der Gemeinden / die kleinen, mittleren und großen kreisangehörigen Gemeinden / Art. 28 Abs.2 GG / Kernbereiche der kommunalen Selbstverwaltung / ~~kurzer Überblick über die Entwicklung des Rechts der kommunalen Körperschaften in der deutschen Geschichte~~

2)Die Gemeindeorgane (Rat, Bürgermeister, Beigeordnete) / Einwohner und Bürger sowie deren Rechte und Pflichten / Ehrenamt und Hauptamt / ~~Bedeutung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid~~ / Ratssitzungen und Ausschüsse sowie deren Vorbereitung und Ausführung

3) Kommunale Finanzierungen und Satzungsrecht an ausgewählten Beispielen (pflichtige und freiwillige Regelungen),

4)Aufgabenarten kommunaler Verwaltung und Art der Staatsaufsicht / Selbstverwaltungsaufgaben und Pflichtaufgaben / Stellung der Feuerwehr als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

5)Aufbau einer Kommunalverwaltung nach Dezernatsverteilungsplan und Ämterstrukturen /

Ordnungsamt (32), Feuerwehramt (37), Dienststelle Brandschutz und Rettungsdienst (32/7) sowie feuerwehrrelevante Querschnittsämtler wie Personalamt (11), Kämmerei (20), Rechtsamt (30), Hauptamt (10), Bauaufsichtsamt (63), Baubetriebshof (80) - *Ordnungsnummern nach KGSt* -

6) Ablauf feuerwehrrelevanter Entscheidungsprozesse in der Kommune / Ratsbeteiligung am Beispiel der Aufstellung und Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans / Mittelbeschaffung / Aufstellung des Haushaltsplans / Beschaffungsprozesse / Personalbemessung und Personaleinstellungen

7) Ausgewählte kommunale Problemfelder in Feuerwehrbereich:

- Zusammenwirken des Rettungsdienstbedarfsplans mit dem Brandschutzkonzept
- Hauptamtliche und ehrenamtliche Feuerwehrkräfte
- Stellung des Wehrlührers gegenüber Bürgermeister und Rat / Fraktionen
- Loyalitätspflicht der Feuerwehr gegenüber der Kommune
- Kommunalpolitische Überlegungen bei Aufstellung des Brandschutzbedarfsplans
- Mehrbedarf an Personal durch Festschreibung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit durch EuGH vor dem Hintergrund kommunaler Finanzenge
- Eingriffsmöglichkeit der staatlichen Behörden in kommunale Entscheidungen